



„Zweifelhafte Studien überinterpretiert“

NRWZ-Redaktion Schramberg

Der FDP- Landtagsabgeordnete Daniel Karrais war bei einer Veranstaltung zu 5G in Schramberg. Dazu hat er uns einen Leserbrief geschickt:

Die Veranstaltung war wissenschaftlicher als gedacht, allerdings in Teilen tendenziös. Herr Gutbier hat zum Beispiel Mäusestudien zitiert und mehrfach erklärt, dass die Erkenntnisse nicht direkt auf den Menschen zu übertragen sind. Dann aber hat er plötzlich eine nicht näher erklärte Umrechnung auf den Menschen vorgenommen, mit dem Ergebnis, dass es einen Nachweis für eine Gesundheitsgefährdung gebe. Auf meine Frage, wie er denn dazu komme, ging er nicht ein. Ansonsten hat er eben Studien zitiert, die methodisch angezweifelt werden können. Diese hat er aber als Nachweis für eine Beeinflussung durch Mobilfunk herangezogen.

Bei der Frage, wozu man eigentlich 5G brauche, verwies er lapidar auf das autonome Fahren, das kein 5G brauche. Das stimmt zwar grundsätzlich, andere Themen wie Telemedizin, Augmented Reality oder datenunterstützte Landwirtschaft wurden aber völlig ignoriert.

Auf meine Feststellung hin, dass ja mehr Sendeanlagen besser seien als weniger, antwortete er, dass das stimmt, aber das mache ja keiner. Dass dafür häufig die kommunalen Gremien, die einen Ausbau verhindern, verantwortlich sind, hat er ignoriert. Auch die Frage nach Beamforming, also dem gezielten Anfunken des Teilnehmers, beantwortete er mit der Unterstellung, dass das keiner machen würde. Das stimmt, weil das mit 4G eben nicht geht, sondern nur mit künftigen Einsatzzwecken von 5G. Letzteres gibt es noch nicht in der Breite. Das hat er aber nicht gesagt.

Alles in allem habe ich einen Vortrag gehört, der viel Wahres hatte, aber auch viel Halbwahres, bei dem Wahrheiten zu Gunsten eines ablehnenden Fazits ausgeblendet wurden. Wer sich nicht näher mit dem Thema beschäftigt, fällt da halt drauf rein.

Dennoch hat Herr Gutbier mit einem Recht: Den Netzausbau könnte man mit weniger Strahlenbelastung organisieren. Das ist eine politische Aufgabe, das auch von den Unternehmen einzufordern. Eine kommunale Verweigerungshaltung kann das allerdings nicht lösen.

Daniel Karrais, MdL, Rottweil